

Die Schweiz als Globalisierungsweltmeister – Weltweite Vernetzung und die Schweizer Außenwirtschaft

Sehr verehrter Herr Präsident Karrer,
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Ineichen-Fleisch,
Verehrte Damen und Herren Nationalräte, verehrter Herr Ständerat,
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Roth,
Exzellenzen,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen ganz herzlich für den freundlichen Empfang und die Einladung, heute hier bei Ihnen sprechen zu dürfen. Das ist für mich eine besondere Ehre und ich musste nicht lange überlegen, als mich die Anfrage von Economiesuisse erreicht hat. Nicht oft hat man die Gelegenheit, vor so einem kundigen und honorigen Publikum über ein Thema zu sprechen, dass uns als Bertelsmann Stiftung und auch mich persönlich ganz besonders umtreibt: die Globalisierung. Wobei ich heute natürlich nicht nur über die Globalisierung als solche sprechen möchte, sondern vor allem über die Bedeutung der Globalisierung für Ihr schönes Land.

Drei Punkte möchte ich dabei aufgreifen:

1. Was ist das Erfolgsrezept der Schweiz? Wie hat sie es geschafft, von der Globalisierung so stark zu profitieren?
 2. Wie ist es eigentlich gerade generell um die wirtschaftliche Vernetzung der Welt bestellt? Was funktioniert? Und wo hakt es?
- und 3. Was bedeuten diese allgemeinen Trends für die Schweiz? Kann sie einfach so weitermachen wie bisher? Oder muss sie etwas tun?

Meine Damen und Herren, ich stehe hier heute in der Schweiz als Holländer, der einer deutschen Stiftung vorsteht. Passend zu unserem heutigen Thema also ein

internationales Setting. Das passt auch deswegen ganz besonders gut, weil Lehren aus der Globalisierung für das eigene Land zu ziehen auch immer heißt, von der Welt zu lernen. Über die eigene Politik und das eigene Handeln nachzudenken ist wichtig. Aber es reicht nicht aus, wenn man nur auf sich schaut. Wer in der Welt erfolgreich sein will, muss immer auch im Blick haben, was um ihn herum geschieht. Der muss wissen, was international funktioniert, und was nicht. Nur wer bereit ist von der Welt zu lernen, wird auch erfolgreich sein. Dieser Leitsatz war zentral im Denken und Handeln Reinhard Mohns, dem Gründer der Bertelsmann Stiftung. Und er leitet unsere Arbeit noch immer. Wenn Sie so wollen, ist er für unser heutiges Thema meine erste Botschaft an Sie. Ich komme darauf an späterer Stelle noch einmal zurück.

Nun möchte ich aber mit meinem ersten Punkt anfangen – dem Schweizer Erfolgsrezept. Denn: Laut dem diesjährigen Globalisierungsreport der Bertelsmann Stiftung ist die Schweiz sozusagen der „Weltmeister“ der Globalisierung. Kein anderes der 42 von uns betrachteten Länder konnte zwischen 1990 und 2016 so große globalisierungsbedingte Zuwächse beim BIP pro Kopf erzielen wie die Schweiz – nämlich etwa 1.900 Euro pro Kopf und Jahr. Das ist enorm.

Wie hat die Schweiz das geschafft?

Drei wesentliche Faktoren haben dazu beigetragen:

1. Erstens hat die Schweiz bereits in den neunziger Jahren ihre Globalisierung vorangetrieben. Sie hat also frühzeitig erkannt, dass internationale Verflechtungen – gerade für ein so kleines Land – von entscheidender Bedeutung sind, um im globalen Wettbewerb langfristig mithalten zu können.

Das gilt nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die politische und soziale Globalisierung.

In wirtschaftlicher Hinsicht zeichnet sich die Schweiz vor allem durch ein relativ offenes internationales Geschäftsumfeld und einen globalisierten

Kapitalmarkt aus. Sie verfügt über international exzellent vernetzte Banken und eine Reihe starker multinationaler Markenunternehmen, wie z.B. Nestlé oder Novartis. Sie hat es geschafft, dass das Label „Made in Switzerland“ in ganzen Industriezweigen inzwischen weltweit für Qualitäts- und Präzisionsarbeit bekannt ist. Dazu gehören natürlich die berühmten Schweizer Uhren, aber auch Präzisionswerkzeuge und Medizintechnik. Und mit dem Weltwirtschaftsforum in Davos findet eine der wichtigsten Veranstaltungen der internationalen Wirtschaftselite in der Schweiz statt.

Auch politisch ist die Schweiz trotz oder gerade wegen ihrer traditionellen Neutralität mit der Weltgemeinschaft gut vernetzt. Eine Vielzahl internationaler Organisationen haben ihren Hauptsitz in der Schweiz – und damit quasi auf „neutralem Boden“. Darunter die WTO und ILO, aber auch die FIFA oder das Rote Kreuz. Es gibt kaum ein Land weltweit, das keine diplomatische Vertretung in der Schweiz hat.

Ein hohes Level an sozialer Globalisierung ergibt sich u.a. durch die kulturelle Vielfalt, die in der Schweiz als mehrsprachiger Vielvölkerstaat bereits von sich aus angelegt ist. Die Schweiz hat heute einen Migrationsanteil von 25 Prozent. Das ist weit mehr als in jedem Mitgliedsland der EU, wenn man einmal von Luxemburg absieht. Das ist natürlich eine immense Gestaltungsaufgabe, aber auch Teil der Schweizer Erfolgsgeschichte. Nicht zuletzt tragen zu dieser sehr gemischten Bevölkerung die internationalen Organisationen und multinationalen Konzerne bei, die hier beheimatet sind. Und nicht zu vergessen: Die Schweiz ist ein sehr beliebtes Ziel für internationale Touristen – übrigens auch für Holländer.

2. Ein zweiter wichtiger Faktor für den Titelgewinn ist, dass die Schweiz ihr Globalisierungslevel im Vergleich zu anderen Ländern zwischen 1990 und 2000 überdurchschnittlich ausbauen konnte – und zwar in allen drei Teilbereichen: wirtschaftlich, sozial und politisch. Das hat sich ausgezahlt: denn je stärker die Globalisierung eines Landes über die Zeit zugenommen hat, desto höher fallen unserem Report zufolge auch die

globalisierungsbedingten BIP-Zuwächse aus. Länder wie Norwegen oder auch die USA hat die Schweiz in dieser Hinsicht abgehängt.

Und drittens schließlich, profitiert die Schweiz davon, dass sie bereits ein sehr hohes BIP-Niveau hat. Denn je höher das Ausgangsniveau des BIP ist desto stärker profitiert ein Land von der zunehmenden internationalen Verflechtung. Daher liegen in unserem Globalisierungsranking generell die Industrieländer weit vorne.

Dieses Ergebnis ist sicher auch ein Wermutstropfen in unserer Untersuchung. Denn ausgerechnet Schwellenländer wie China oder Indien, die eigentlich als Globalisierungsmotoren gelten und sich immer noch in einem wirtschaftlichen Aufholprozess befinden, bilden die Schlusslichter. Das heißt übrigens nicht, dass sie Verlierer der Globalisierung wären. Auf Länderebene betrachtet gibt es keine Verlierer der Globalisierung. Aber es gibt Staaten die mehr profitieren und welche die weniger profitieren. Die Verteilung der Gewinne ist sehr ungleich und fällt deutlich zugunsten der entwickelten Industrienationen aus.

Das mag auf den ersten Blick überraschen, ist bei näherem Hinsehen aber gar nicht so erstaunlich. Denn gerade in den Schwellenländern bestehen nach wie vor viele wirtschaftliche Barrieren wie Kapitalverkehrskontrollen, Handelsbeschränkungen oder auch Bürokratie und Korruption. Einige der großen Schwellenländer wie Brasilien, China oder Indien haben zudem einen großen Binnenmarkt und sind deswegen weniger auf Verflechtung mit der Außenwelt angewiesen. Das heißt aber auch, dass Schwellenländer grundsätzlich noch viel Aufholpotential haben, sich stärker mit der Welt zu vernetzen.

Umso bedenklicher ist es daher, dass wir seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 insgesamt eine stagnierende Globalisierung beobachten müssen. Statt der weltweiten Vernetzung hat der Protektionismus zugenommen. Und dabei ist Trump, der den Atlantik immer breiter werden lässt, in unserer bis 2016 angelegten Untersuchung noch nicht einmal mitgerechnet...

Meine Damen und Herren, diese Entwicklungen sind aus drei Gründen höchst problematisch:

1. Erstens wissen wir, dass eine nachlassende oder sogar zurückgehende Globalisierung negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum hat. Wirtschaftliche Abschottungsbestrebungen gehen zu Lasten des wirtschaftlichen Wohlstands der Bürgerinnen und Bürger. Kommt es gar zu einem Handelskrieg, wird es keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben. Eine Berechnung des ifo Instituts in unserem Auftrag hat sogar gezeigt, dass die USA – also das Land, das den Handelskrieg provoziert – in diesem Fall den größten ökonomischen Schaden erleiden könnte.
2. Zweitens müssen wir feststellen, dass die absolute Einkommensschere zwischen den Industrieländern auf der einen Seite und den Schwellen- und Entwicklungsländern auf der anderen Seite durch die Globalisierung vergrößert wird - anders als erhofft. Diese wachsende Schere ist eine Gefahr für die Weltwirtschaft, weil sie in den negativ betroffenen Schwellen- und Entwicklungsländern den Ruf nach protektionistischen Maßnahmen lauter werden lassen könnte. Davon wären alle Länder negativ betroffen, vor allem aber Exportnationen wie Deutschland, oder auch die Schweiz.

Und zum dritten Grund: Obwohl die Industrieländer am meisten von der Globalisierung profitiert haben, finden ausgerechnet dort globalisierungskritische Parteien in letzter Zeit wachsenden Zuspruch. Das stellen wir in Holland fest, in Deutschland, aber auch hier in der Schweiz. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Globalisierungsgewinne nicht allen Bürgern eines Landes gleichermaßen zugutekommen. Innerhalb der Länder erzeugt die Globalisierung eben auch Verlierer. So sind in Deutschland zum Beispiel Arbeitsplätze in der Textil- und Elektronikindustrie in Niedriglohnländer verlagert worden. Davon betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sich von der Politik abgehängt und vergessen gefühlt. Aber auch in Branchen, die nicht oder noch nicht betroffen sind, befürchten viele Menschen, im künftigen globalen Wettbewerb auf der Strecke zu bleiben. Wir wissen aus unseren europaweiten eupinions-Umfragen, dass vor allem jene

Menschen populistische Parteien wählen, die in der Globalisierung eine Gefahr und keine Chance sehen. Die Globalisierung ist kein Thema, über das man allein anhand von Zahlen und Statistiken sprechen kann. Für viele Menschen ist sie hochemotional. Hermann van Rompuy hat einmal gesagt: *„In a world with ever more space, people look for a fire place.“* Wir müssen aufpassen, dass sie diesen nicht bei Populisten und ihren falschen Antworten finden.

Diese Gefahr hat der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz letztes Jahr in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung auf den Punkt gebracht:

„Fühlt sich die Mehrheit von der Globalisierung benachteiligt, dann könnten sich diese Menschen gegen die Globalisierung wenden.“

Die entscheidende Frage lautet: Was können wir tun, um das zu verhindern?

Und diese Frage braucht sowohl nationale als auch internationale Antworten.

- Auf nationaler Ebene ist es insbesondere in den Industrieländern notwendig, die Zugewinne aus der Globalisierung unter den Bürgerinnen und Bürgern breiter zu streuen. Dafür gibt es nicht nur soziale, sondern auch politische Gründe. Denn es geht hier sowohl um gesellschaftliche Akzeptanz, als auch um politische Stabilität.

Ziel muss es dabei einerseits sein, allen Mitgliedern der Gesellschaft die Teilhabe an den Vorteilen der Globalisierung zu ermöglichen. Andererseits müssen die negativen Effekte der Globalisierung so abgefedert werden, dass auch die Verlierer mitgenommen werden und sich nicht abgehängt fühlen.

Die Deutschen zum Beispiel wünschen sich eine „Globalisierung mit Sicherheitsgurt“. Das haben wir vor kurzem in einer repräsentativen Umfrage herausgefunden. Und mit diesem „Sicherheitsgurt“ ist ein funktionierendes soziales Sicherungssystem gemeint, das die Härten, die mit der internationalen Arbeitsteilung einhergehen, zumindest teilweise abfangen

kann. Je brüchiger dieser Sicherheitsgurt wird, desto mehr nimmt auch die Angst vor Offenheit gegenüber der Welt zu.

Aber nicht nur der Sozialbereich ist gefordert. Auch eine gezielte Struktur- und Regionalpolitik, das gesamte Bildungssystem sowie Steuer- und Transfersysteme können die Funktion eines Sicherheitsgurts einnehmen. Denkbar wären zum Beispiel gezielte Qualifizierungsmaßnahmen, damit Erwerbstätige in die Sektoren wechseln können, die von der Globalisierung profitieren. Auf kommunaler Ebene könnten Mobilitätsbeihilfen, z. B. steuerliche Erleichterung für Wege zum Arbeitsort und eine verbesserte ÖPNV-Anbindung Menschen dorthin bringen, wo die Jobs sind.

- Auf internationaler Ebene ist eine gleichmäßigere Verteilung der Globalisierungsgewinne zwischen den Ländern notwendig. Und damit meine ich nicht, dass wir neue Transferzahlungen brauchen. Vielmehr bedarf es einer besseren Integration der Schwellenländer in die Weltwirtschaft.

Dafür ist es zum einen wichtig, dass sich die Schwellenländer stärker öffnen und Handelshemmnisse oder Kapitalverkehrskontrollen reduzieren.

Zum anderen aber sollten die Industriestaaten im Gegenzug ihre Märkte für Produkte aus weniger entwickelten Ländern öffnen und Handelsbarrieren abbauen. Das betrifft zum Beispiel die Landwirtschaft, die für viele Entwicklungsländer ein wichtiger Sektor ist. Ein sinnvoller Schritt wäre es, wenn die Industrieländer ihre Subventionen für Agrarprodukte reduzieren bzw. abbauen würden. Denn das, was zum Beispiel die EU mit ihrer gemeinsamen Agrarpolitik macht, ist nichts anderes als eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber jenen Ländern, die stärker von ihrer Landwirtschaft abhängen.

Nicht verschweigen möchte ich hier auch, dass auch der Kampf gegen internationale Steuerflucht ein unabdingbarer Punkt ist, wenn die wirtschaftliche Globalisierung fair gestaltet werden soll. Nicht nur muss illegale Steuerflucht verfolgt und hart bestraft werden. Sondern, wir brauchen auch Regeln, welche sie von vornherein verhindern. Keine Frage, die EU muss in

dieser Hinsicht besser werden, das gilt auch für mein Herkunftsland Holland. Aber auch die Schweiz muss ihren Teil hierzu beitragen.

Und letztlich wird es auch nicht ohne direkte finanzielle Unterstützung für die Schwellenländer gehen. Die weniger entwickelten Staaten sind derzeit noch darauf angewiesen, dass die Industrienationen Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, um die notwendige Infrastruktur, Bildungsmaßnahmen und Produktionsanlagen inklusive der notwendigen Technologien finanzieren können.

Um die Globalisierung generell fairer zu gestalten – sei es zwischen oder in den beteiligten Ländern – ist jedoch eine Grundvoraussetzung notwendig: nämlich eine multilaterale Weltordnung, die auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem Recht des Stärkeren basiert. Gerade für kleinere Länder wie die Schweiz ist das wichtig. Denn sie können bei rein bilateralen Verhandlungen nicht das Gewicht eines US-amerikanischen Marktes in die Waagschale werfen. Ein beträchtlicher Teil unseres heutigen Wohlstands ist im Rahmen dieser auf Ausgleich bedachten Weltordnung entstanden. Die jüngeren Entwicklungen, insbesondere die Eskapaden von US-Präsident Trump, gefährden diese Ordnung jedoch in hohem Maße.

In mitten dieser Großwetterlage stellt sich nun für die Schweiz als kleines, international eng verflochtenes Land die Frage: Was heißt das eigentlich für uns?

Zunächst einmal lässt sich wie oben erwähnt festhalten, dass die Schweiz im globalen Wettbewerb grundsätzlich gut aufgestellt ist: Sie ist eine traditionell stark vernetzte und relativ offene Volkswirtschaft. Obwohl sie kein Mitglied ist, pflegt die Schweiz grundsätzlich gute Beziehungen zur EU und hat erheblich vom europäischen Integrationsprozess profitiert. Sie hat es geschafft, in einem zunehmend schwierigen globalen Umfeld, eine relativ große politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität zu bewahren.

Unsere Sustainable Governance Indicators, die die Nachhaltigkeit und Langfristorientierung der Politik in 41 OECD- und EU-Ländern messen, erteilen der Schweizer Politik dementsprechend gute Noten, hinsichtlich ihrer Wirtschaftspolitik sogar die Bestnote.

Aber – und ich muss Sie vorwarnen, es ist ein großes ABER – einige Entwicklungen der letzten Jahre deuten darauf hin, dass die Schweiz ihre Hausaufgaben längst nicht so gut gemacht hat, wie sie es vielleicht hätte tun können. Damit verbunden ist das Risiko, sich auf bereits errungenen Lorbeeren auszuruhen, und den richtigen Zeitpunkt für zukunftsweisende Maßnahmen zu verpassen.

So konnten wir in unserem Globalisierungsreport auch beobachten, dass die Globalisierungsdynamik des Landes bereits Anfang der 2000er Jahre fast zum Erliegen gekommen und zeitweise sogar zurückgegangen ist. Auch wenn in letzter Zeit eine leichte Erholung festzustellen ist, war das eine ungute Entwicklung. Sie deutet auf verstärkte Abschottungstendenzen der Schweiz seit der Jahrtausendwende hin.

Das zeigen auch aktuelle Platzierungen der Schweiz in international anerkannten Wirtschaftsindizes. Der FDI Restrictiveness Index der OECD zum Beispiel misst die Barrieren für ausländische Direktinvestitionen in einem Land. In diesem Index liegt die Schweiz auf Platz 44 (von 68 Ländern). Länder wie Albanien und die Mongolei schneiden hier im Durchschnitt besser ab als die Schweiz. Dies ist zum Beispiel so ein Punkt, bei dem die Schweiz von der Welt lernen könnte, wie ich eingangs gesagt habe. Andere Staaten sind in dieser Hinsicht schon bedeutend weiter – zum Beispiel Holland, Finnland oder auch der Nachbar Deutschland.

Auch im Ease of Doing Business Index der Weltbank steht die Schweiz mit Platz 33 nicht besonders gut da. Das mag auf den ersten Blick erstaunen, da die Schweiz als international beliebter Geschäftsstandort gilt. Aber auch in Sachen Unternehmensgründung, Kreditzugang und Schutz von Minderheitsinvestoren könnte die Schweiz von der Welt lernen – etwa von Neuseeland, Dänemark oder Südkorea. Denn gerade diese Faktoren sind für einen innovativen und für Investoren attraktiven internationalen Wirtschaftsstandort von großer Bedeutung.

Eine kritische Baustelle schließlich sind die Beziehungen zur Europäischen Union, dem wichtigsten Wirtschaftspartner der Schweiz. Mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte gehen in die in die EU und über 70 Prozent der Importe kommen aus der EU. Der starke Zustrom hoch qualifizierter Arbeitskräfte sichert Unternehmen den unkomplizierten Zugriff auf wichtige Fachkräfte. Die Schweiz ist daher weit abhängiger von der EU als die EU von der Schweiz.

Umso wichtiger ist daher auch die institutionelle Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen. Diese beruhen auf bilateralen Verträgen. Besonders umstritten in der Schweiz ist hier die Regelung zur Personenfreizügigkeit. Gegenwärtig läuft die Unterschriftensammlung der „Begrenzungsinitiative“, die diese Freizügigkeit außer Kraft setzen will. Für die EU ist das aber wesentlicher Bestandteil der Beziehungen zur Schweiz. Besonders schwierig würde es für die Schweiz, wenn die Initiative Erfolg hätte und in nationales Recht umgesetzt werden müsste. Nationales und internationales Recht würden sich dann widersprechen. Zudem würden weitere bilaterale Verträge automatisch ungültig, wenn die Schweiz die Personenfreizügigkeit aufkündigt – ein Konflikt, der dem Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU erheblich schaden würde.

Um die gegenseitigen Beziehungen auf stabilere Füße zu stellen, verhandeln die Schweiz und die EU daher darüber, das System bilateralen Verträge durch ein institutionelles Rahmenabkommen zu ersetzen. Das wäre ein sinnvoller und wichtiger Schritt. Jedoch sind die Verhandlungen ins Stocken geraten, da sie insbesondere in der Schweiz auf großen Widerstand stoßen.

Dieser zunehmend schwierige Charakter der Schweizer Beziehungen mit der EU birgt für die Schweiz hohe Risiken und verstärkt die Unsicherheit in Blick auf künftige Entwicklungen – denn auf dem Spiel steht möglicherweise auch der Zugang zum EU-Binnenmarkt. Für die Politik besteht daher dringender Handlungsbedarf, diese Problematik nachhaltig und langfristig zu lösen.

Zum Abschluss möchte ich nochmals hervorheben, dass die Schweiz trotz aller Baustellen deutlich von der Globalisierung und der internationalen Vernetzung profitiert. Die Schweiz hat vieles richtig gemacht und gehört noch immer zu den wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften weltweit. Die Ursachen hierfür liegen aber bereits etwas zurück. Das Land zehrt ein Stück weit von Anstrengungen, die bereits in den 1990er Jahre gemacht wurden. Ob das ausreicht, um im globalen Wettbewerb weiterhin gut zu bestehen, muss man infrage stellen. Das gilt umso mehr, wenn die Beziehungen zur EU – dem wichtigsten Wirtschaftspartner der Schweiz – nicht wieder auf stabilere Füße gestellt werden. Will die Schweiz auch künftig von der Globalisierung profitieren, dann braucht es neue Initiativen und Partnerschaften, um die eigene internationale Verflechtung in einem immer schwierigeren globalen Umfeld voranzutreiben. Europa sollte für die Schweiz im Mittelpunkt stehen – denn es ist sicher nicht übertrieben, mit folgendem Hinweis zu schließen:

Wenn die EU niest, bekommt die Schweiz eine Grippe!

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir alle gesund bleiben!